

Abschrift.

Z.2178/Dsch/1938. ✓

Wien, 20. Juli 1938.

Betrifft: Gedenkstätten an
den Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler, Braunau am Inn
Nr. 219. Stellung unter Denkmalschutz.

Herrn und Frau

Josef und Maria P o m m e r

Braunau am Inn Nr. 219

Die Zentralstelle für Denkmalschutz teilt bezüglich des Hauses Braunau am Inn Nr. 219 E. Z. 217, welches in Ihrem Miteigentum steht, die auf Grund des § 3 des Denkmalschutzgesetzes vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533 erfolgte h. o. Feststellung mit, dass das eben angeführte Objekt als ein Denkmal zu betrachten ist, an dessen Erhaltung ein öffentliches Interesse im Sinne des § 1 des zitierten Gesetzes besteht.

Für diese Stellung unter Denkmalschutz ist massgebend, dass die unveränderte Erhaltung dieses Hauses als der Geburtsstätte des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler für das deutsche Volk von höchster öffentlicher Bedeutung ist.

An diese Stellung unter Denkmalschutz knüpfen sich die in dem zitierten Denkmalschutzgesetze statuierten besonderen Rechtsfolgen (§§ 5, 7 und 8 dieses Gesetzes). Wie sich aus diesen Bestimmungen insbesondere ergibt ist zur Zerstörung eines unter Denkmalschutz gestellten Objektes, sowie zu jeder Veränderung an demselben, die den Bestand, die überlieferte Erscheinung oder künstlerische Wirkung desselben beeinflussen könnte, die ausdrückliche Zustimmung der Zentralstelle für Denkmalschutz

erforderlich.

Die Veräusserung dieses Objektes ist an keine besondere Bewilligung geknüpft, der Veräusserer hat den Besitzwechsel jedoch unverzüglich unter Nennung des Erwerbers mit Angabe seines Wohnsitzes der Zentralstelle für Denkmalschutz anzuzeigen. Der Veräusserer ist auch verpflichtet den Erwerber eines unter Denkmalschutz gestellten Objektes in Kenntnis zu setzen, dass dieses den Beschränkungen des Denkmalschutzgesetzes unterliegt. Die Stellung eines Objektes unter Denkmalschutz wird durch einen Besitzwechsel nicht berührt.

Überschreitungen der Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes werden von den politischen Behörden gemäss § 14 des Denkmalschutzgesetzes bestraft.

Gegen diesen Bescheid ist ein Rechtsmittel unzulässig.

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Stumpe

Der Staatssekretär:

Dr. Mühlmann *o. M.*

Zentralstelle für Denkmalschutz
im Ministerium für innere und
kulturelle Angelegenheiten

Z. 2178/Dsch/1938.

Wien, 20.7.1938.

Wird dem

Landeskonservator

in L i n z,

zur Kenntnisnahme übermittelt.

Der Staatssekretär:

Dr. Mühlmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Stumpe

Zentralstelle für Denkmalschutz

Der Landeskonservator

478 präs. 3. VII. 1938